

Religiöse Toleranz weit verbreitet – aber der Islam wird nicht einbezogen

Mitteilung: Bertelsmann Stiftung

Anlässlich des 70-jährigen Geburtstags des Grundgesetzes nimmt der aktuelle Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung das Verhältnis von Religion und politischer Kultur in den Blick. Demokratische Grundprinzipien und Werte genießen unter Angehörigen der verschiedenen Religionen breite Zustimmung. Auch religiöse Toleranz, die für ein friedliches Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft entscheidend ist, wird von einer Mehrheit anerkannt. Allerdings werden dabei nicht alle Religionen gleichermaßen einbezogen.

In Deutschland sind die Angehörigen der verschiedenen Religionen mehrheitlich davon überzeugt, dass die Demokratie eine gute Regierungsform ist. Das ist ein Ergebnis der Studie "Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie", die auf dem Religionsmonitor 2017 der Bertelsmann Stiftung und einer Nacherhebung 2019 basiert. Demnach sprechen sich 89 Prozent der deutschen Bevölkerung für die Demokratie aus. Unter den Christen liegt der Anteil bei 93 Prozent der Befragten, unter Muslimen bei 91 Prozent und unter Konfessionslosen bei 83 Prozent. Auch der Schutz von Minderheiteninteressen als ein Grundprinzip der liberalen Demokratie wird von rund 80 Prozent der Bürger positiv bewertet.

Bei der Anerkennung religiöser Vielfalt gibt es allerdings noch Nachholbedarf: Grundsätzlich sind 87 Prozent der Befragten laut Studie offen gegenüber anderen Weltanschauungen. Etwa 70 Prozent sprechen anderen Religionen auch einen Wahrheitsgehalt zu und sind somit als religiös tolerant anzusehen. Doch nur knapp jeder Zweite in Deutschland meint, dass religiöse Pluralität die Gesellschaft bereichert. Mit Blick auf den Islam sinkt dieser Anteil noch einmal: Nur ein Drittel der Bevölkerung betrachtet den Islam als Bereicherung. Christentum, Judentum, Hinduismus und Buddhismus werden hingegen von einer Mehrheit als bereichernd empfunden.

Insgesamt empfindet rund die Hälfte der Befragten den Islam als Bedrohung. In Ostdeutschland ist dieser Anteil mit 57 Prozent noch höher als in Westdeutschland (50 Prozent). Diese im Frühjahr 2019 erhobenen Daten unterscheiden sich kaum von den Ergebnissen der vorangegangenen Befragungen des Religionsmonitors aus den Jahren 2017, 2015 und 2013. "Offenbar sehen viele Menschen den Islam derzeit weniger als Religion, sondern vor allem als politische Ideologie an und nehmen ihn deswegen von der religiösen Toleranz aus", erklärt Yasemin El-Menouar, Religions-Expertin der Bertelsmann Stiftung. Hierzu haben aus ihrer Sicht

auch die gesellschaftlichen Debatten und Medienberichte der vergangenen Jahre beigetragen, die den Islam häufig in einen negativen und kritischen Zusammenhang rückten.

Skepsis gegenüber dem Islam bedeutet noch keine Islamfeindlichkeit

Die Bertelsmann Stiftung hat genauer untersucht, wie sich der Bevölkerungsanteil derer zusammensetzt, die den Islam als Bedrohung ansehen. Das Ergebnis: Es ist wichtig, hier zu differenzieren. "Zwar zeigt unsere Studie eine recht weit verbreitete Islamskepsis, aber die ist nicht unbedingt mit Islamfeindlichkeit gleichzusetzen", sagt El-Menouar. "Viele Menschen äußern mit Blick auf den Islam Vorbehalte, leiten daraus aber keine politischen Forderungen oder antidemokratische Sichtweisen ab." Nur eine Minderheit der Bürger zeige eine deutlich islamfeindliche Sicht und fordere etwa, die Zuwanderung von Muslimen zu unterbinden. Der Anteil von Menschen mit einer islamfeindlichen Einstellung ist im Verlauf der vergangenen Jahre laut Religionsmonitor insgesamt gesunken: Betrug er 2017 in Deutschland noch 20 Prozent, liegt er 2019 bei nur noch 13 Prozent. Die Analysen zeigen außerdem, dass Personen mit eindeutig islamfeindlichen Positionen häufig nicht nur Muslime, sondern auch andere Minderheiten ablehnen und eine insgesamt antipluralistische Weltsicht vertreten.

Ablehnung von Vielfalt schadet der Demokratie

Weitere Ergebnisse des Religionsmonitors: Die Zustimmung zur Demokratie als gute Regierungsform sinkt unter Personen mit einer klar islamfeindlichen Haltung auf einen Anteil von 68 Prozent – und liegt damit mehr als 20 Prozentpunkte niedriger als in der Gesamtbevölkerung. Ähnlich sieht es beim Schutz von Minderheiteninteressen aus: Auch dieses demokratische Prinzip findet nur bei zwei Dritteln derer Zustimmung, die sich gegen die Zuwanderung von Muslimen aussprechen. Selbst wenn eindeutig islamfeindliche Einstellungen nur von einer Minderheit vertreten werden und sogar etwas abgenommen haben, gibt die weit verbreitete Islamskepsis Anlass zur Sorge. Denn: "Bestehende Vorbehalte bieten rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien Anknüpfungspunkte - Sorgen und Ängste können instrumentalisiert werden und aus einer Skepsis Ablehnung machen", sagt Religions-Expertin El-Menouar.

Basis für gelingendes Zusammenleben: Persönliche Kontakte zwischen Religionen

Eine wichtige Erkenntnis des Religionsmonitors lautet, dass Menschen, die regelmäßig Kontakt zu Angehörigen anderer Religionen haben, religiöse Vielfalt und den Islam seltener als Bedrohung empfinden. In dieser Gruppe betrachten 46 Prozent den Islam sogar als eine Bereicherung. Unter den Personen, die kaum persönlichen Kontakt zu anderen Religionen haben, sehen dagegen 64 Prozent im Islam eine Bedrohung. "Nicht nur die Studien, auch die alltägliche Erfahrung zeigen: Im konkreten Alltag gelingt das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen meist gut", betont El-Menouar. "Genau an diesem Punkt können Praxisprojekte ansetzen und den Austausch und die persönliche Begegnung gezielt fördern. So

können gegenseitige Vorurteile abgebaut, Vertrauen gestärkt und ein gelingendes Miteinander gestaltet werden. Hier sind besonders die Kommunen gefordert, Räume für Begegnung und Austausch zu schaffen." Beispielsweise ließe sich bereits in Kita und Schule ansetzen, um Kinder – unabhängig von konfessionellen Grenzen – über Religion und religiöse Vielfalt zu unterrichten. Auf diese Weise könnten sich Kinder über Gemeinsamkeiten und Unterschiede ihrer verschiedenen religiösen Prägungen austauschen und voneinander lernen. "Unsere Befragungen zeigen, wie viele Werte geteilt werden, wie zum Beispiel demokratische Grundwerte und der Wunsch nach einem toleranten Miteinander. Genau dies ist eine wichtige Basis, um sich über Religionsgrenzen hinweg auszutauschen", sagt die Religions-Expertin El-Menouar.

Zusatzinformationen

Der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung untersucht regelmäßig international vergleichend die Bedeutung von Religion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er basiert auf repräsentativen Bevölkerungsumfragen. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hat Professor Gert Pickel von der Universität Leipzig anhand dieser Daten die Rolle von religiöser Vielfalt für die politische Kultur von Demokratien analysiert.

Die Ergebnisse der Studie basieren auf den Daten des Religionsmonitors 2017 sowie der Nacherhebung 2019. Der Religionsmonitor 2017 enthält jeweils repräsentative Daten für Deutschland (rund 1.500 Befragte) sowie Österreich, Schweiz, Frankreich, Vereinigtes Königreich und Türkei (jeweils etwa 1.000 Befragte). Zusätzliche Sonderbefragungen der muslimischen Bevölkerung in diesen Ländern lieferten (ohne Berücksichtigung der jüngeren Fluchtmigration seit 2010) präzisere Aussagen über die größte religiöse Minderheit in Europa (rund 1.000 Befragte in Deutschland und jeweils etwa 500 in den übrigen Ländern).

Im Rahmen der Nacherhebung des Religionsmonitors 2019 hat das infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft in Bonn rund 1.000 Personen repräsentativ für Deutschland befragt. Die Sonderauswertung „Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie. Wie sich religiöse Pluralität auf die politische Kultur auswirkt“ ist die vierte Veröffentlichung einer Publikationsreihe zum Religionsmonitor.

Originalpublikation (kostenlose pdf-Datei):

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/weltanschauliche-vielfalt-und-demokratie/>

PM v. 11.07.2019

Jochen Lange

Pressestelle

Bertelsmann Stiftung

Quelle:

www.bertelsmann-stiftung.de/

www.idw-online.de